

Ortlieb, Heinz-Dietrich

Article — Digitized Version

Wanzen und Atomenergie

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Ortlieb, Heinz-Dietrich (1977) : Wanzen und Atomenergie, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 57, Iss. 4, pp. 164-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135056>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Heinz-Dietrich Ortlieb

Wanzen und Atomenergie

Der Bundeskanzler hat eine zunehmend schlechte Presse. Schon waren Stimmen zu hören, die ihm unterstellten, an ähnlicher Führungsschwäche wie sein Vorgänger unterzugehen. Der Kritisierte konterte mit der Warnung, das Ende der sozialliberalen Koalition würde bei uns soziale Zustände wie in anderen westlichen Ländern heraufbeschwören. Nicht ganz zu Unrecht; denn ein Nachfolger von konservativerem Anschein würde es noch weit schwerer als er haben, die wachsende Zahl von Zielkonflikten zu lösen und dafür auch noch genügend Anerkennung in unserer Öffentlichkeit zu finden. Ungelöste Zielkonflikte aber wirken meist wie Zeit-

minen, deren Explosionskraft mit der Verzögerung ihrer Entschärfung wächst. Wer an der Regierung bleiben will, muß Zielkonflikte rechtzeitig lösen, will er nicht über kurz oder lang sein Ansehen einbüßen.

Auch in Helmut Schmidts Regierungszeit blieben allzuvielen Tretminen liegen, die zusammen mit dem bereits von seinen Vorgängern geübten Stil des Liegenlassens zu einer Häufung von Unglücksfällen führen mußten. Die Wanzenaffären und die Demonstrationen gegen die Atomenergie haben dies besonders deutlich gemacht.

Die Wanzenaffären mußten früher oder später unvermeidlich werden, wenn die Verantwortlichen in Bund und Ländern einerseits dem wachsenden Terrorismus vorbeugend begegnen wollten, sich andererseits aber nicht imstande sahen, ausreichende gesetzliche Regelungen rechtzeitig durchzusetzen, um dies auf legale Weise tun zu können. Wenn man sich nicht einig darüber werden kann, daß derjenige in unserem Gemeinwesen seinen Anspruch auf Unkontrolliertheit verlieren muß, der tatsächlich oder auch nur dem Anschein nach den heißen Bürgerkrieg planen hilft, dann bleibt den für die Sicherheit Verantwortlichen nur die fragwürdige Flucht in die Berufung auf den Notstand übrig. So war unser Staat von seinen Gegnern nur allzu leicht ins Zwielficht zu bringen.

Mit der Angst vor einem Mißbrauch staatlicher Macht betrieben nicht nur auf Sensationen erpichte Magazine das Geschäft der Bürgerkrieger. Es wurde auch fraglich, ob die Loyalität in unseren Exekutiven und Legislativen gegenüber ihrem Staat und der Sicherheit seiner Bürger nicht bereits geringer ist als gegenüber den Gegnern seiner Verfassung. „Ein Nachrichtendienst, der selber ausgespäht wird, ist das Geld nicht wert, das seine Pfortner kosten“ (L. Herrmann).

Auch die Demonstrationen gegen die Atomenergie waren nicht geeignet, uns Bundesbürgern ein Gefühl der Geborgenheit zu vermitteln. Sie zeigten ebenfalls, wie groß die Möglichkeiten für unsere Verfassungsfeinde sind, unter Ausnutzung lokaler Ängste ihre Freiheitsrechte zu mißbrauchen. Sie machten darüber hinaus deutlich, wie wenig Regierung und Opposition in Bund und Ländern fähig sind, ihren Staatsbürgern prekäre, aber existenzwichtige Zukunftsfragen rechtzeitig plausibel zu machen. Dazu hätte in diesem Falle gehört, den Gefahren der Atomenergie die Folgen eines Energiemangels gegenüberzustellen, aber auch nicht zu verschweigen, wie schwer sich beides auch von Experten genau vorherberechnen läßt. Dazu hätte weiter gehört, daß man die Folgen der Energieknappheit schon in den letzten Jahren durch Einsparungsmaßnahmen praktisch fühlbar gemacht hätte. Im Gegensatz zu anderen Ländern brachten unsere Politiker es nicht einmal fertig, sich und uns Bundesbürgern eine fühlbare Geschwindigkeitsbegrenzung zuzumuten.

Für einen demokratischen Staat ist es nicht gut, wenn der Bürgerkrieg anhand von gewaltvollen Demonstrationen und Terroraktionen ständig geübt werden kann. Es erhöht aber das Verständnis der Staatsbürger für Realitäten, wenn Einschränkungsbereitschaft bei der Bewältigung von Notlagen rechtzeitig geübt wird. Nur wenn auf diese Weise die Lösung von Zielkonflikten schon zu einem Zeitpunkt vorbereitet und eingeleitet wird, ehe sie unaufschiebbar geworden ist, läßt sich existenzgefährdende Brisanz für unsere freiheitliche Ordnung vermeiden. Die Opposition sollte keine Freude darüber haben, wenn eine Regierung über solche Probleme stolpert. Die Tretminen werden ihr als Nachfolgerin dann um so sicherer selbst um die Ohren fliegen.